

19/1995

## SOMMERSMOG:

# Das Übel an der Wurzel packen

Kein Land hat in Europa mehr zur Reinhaltung der Luft unternommen als Deutschland. SPD und Grüne verfolgen in der aktuellen Sommersmog-Diskussion einen blinden Aktionismus, der das Problem nicht an der Wurzel packt. Verschiedene Untersuchungen, so zum Beispiel der Ozon-Versuch im Juni 1994 im Großraum Heilbronn/Nekarsulm, belegen, daß lokale Verkehrsbeschränkungen und Tempolimits so gut wie keine Auswirkungen auf die Entstehung des Sommersmogs haben.

Deshalb verfolgt die CDU-geführte Bundesregierung eine konsequente Politik, die die Vorläufersubstanzen - wie Stickoxide und Kohlenwasserstoffe - des bodennahen Ozons umfassend vermindert. Ein ganzes Maßnahmenpaket wurde bereits verabschiedet und umgesetzt. Dazu zählt etwa die Einführung des Katalysators für Autos, strengere Abgasnormen für Lastkraftwagen, die Entwicklung von lösemittelarmen Lacken und Farben, die Vorbereitung zur Einführung einer schadstoffbezogenen Kfz-Steuer sowie die Verlagerung eines großen Teils des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, die wir mit der Bahnreform vorantreiben.

Um kurzfristig in Extremsituationen Abhilfe zur Verminderung des Sommersmogs zu schaffen, hat Bundesumweltministerin Angela Merkel außerdem einen Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgelegt.

Fortsetzung auf Seite 3 ►

## HEUTE AKTUELL

### ● Bundesvorstand

Erklärungen zur Lage in Bosnien und zur Unterstützung der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. Seite 2

### ● Umweltschutz

Unsere Strategie zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Verkehr. Seite 4 - 6

### ● Bundeswehr

Eine Erklärung von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Bundeswehr. Seite 7

### ● Kriminalität

Der Korruption im Öffentlichen Dienst muß schon in den Anfängen begegnet werden. Seite 10

### ● Sozialausschüsse

Helmut Kohl lobt die CDA als Brücke zu den Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Seite 13

### ● CDU

Berichte von den Landesparteitagen der Niedersachsen-CDU und der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Seite 16/17

### ● ÖA

Materialien der Frauen-Union. Seite 22

## DOKUMENTATION

Eine Partei wird entzaubert.

Materialien zur Auseinandersetzung mit Bündnis 90/Die Grünen. Grüner Teil

## CDU-Bundesvorstand:

# Mehr Kat-Autos und weniger Benzol

## Entschließungen zu Bärbel Bohley und zu Bosnien

**Der Bundesvorstand der CDU hat sich auf seiner Sitzung am Montag, 12. Juni 1995, ausführlich mit der Problematik der Ozonkonzentration in der Luft beschäftigt. Es unterstützt die beabsichtigte Regelung der Koalition, katalysatorlose Autos bei einer bestimmten Ozonkonzentration mit einem grundsätzlichen Fahrverbot zu belegen.**

Der Bundesvorstand tritt darüber hinaus dafür ein, mit dem Auslaufen der jetzt in Angriff genommenen Regelung zum 31.12.1999 die Neu- oder Wiedertzulassung von Autos ohne Katalysator zu verhindern. Ziel ist die vollständige Einführung des Katalysatorautos bis zum Jahre 2000. Heute werden 80 Prozent der Verkehrsschadstoffe von Autos ohne Katalysator ausgestoßen.

Weiter faßte der Bundesvorstand einen Beschluß zur Unterstützung von Bärbel Bohley und zur Lage in Bosnien.

### Der Beschluß zur Unterstützung von Bärbel Bohley lautet:

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands erklärt sich mit Bärbel Bohley in ihrer Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden der PDS-Bundestagsgruppe solidarisch.

Bärbel Bohley ist in der Zeit des SED-Regimes als Bürgerrechtlerin mit bewundernswertem Mut für Freiheit und Achtung der

Menschenrechte in der DDR eingetreten. Seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands setzt sie sich in beeindruckender Weise dafür ein, daß das von den kommunistischen Machthabern begangene Unrecht nicht vergessen wird und den Opfern des SED-Regimes Gerechtigkeit widerfährt.

Der SED-Nachfolgepartei PDS darf es auf keinen Fall gelingen, die Diskussion über ihre Vergangenheit zu verhindern, die zu Recht von Bärbel Bohley gefordert wird. Es ist der Gipfel der Heuchelei, daß der Vorsitzende der PDS-Bundestagsgruppe mit den Mitteln des Rechtsstaats diejenigen mundtot zu machen versucht, die sich mit seinem Verhalten im Unrechtsstaat auseinandersetzen.

Die CDU begrüßt die Entscheidung des Immunitätsausschusses des Deutschen Bundestages, das Gutachten der unabhängigen Gauck-Behörde zu veröffentlichen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich das Recht durchsetzt.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands geht davon aus, daß bei der Fortsetzung des Rechtsstreits das Gutachten der Gauck-Behörde zur Stasi-Vergangenheit von Herrn Gysi und Aussagen der von Frau Bohley benannten Zeugen in der gebotenen Weise berücksichtigt werden. Die CDU geht ferner davon aus, daß zugunsten von Frau Bohley die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts über den Umfang der freien Meinungsäußerung in der politischen Auseinandersetzung zugrunde gelegt wird.

## **Der Beschluß zur Lage in Bosnien hat folgenden Wortlaut:**

Die Lage in Bosnien ist nach wie vor bedrückend. Daran ändert sich auch durch die Freilassung eines Teils der Blauhelm-Soldaten nichts. In dieser schwierigen Situation kommt es entscheidend darauf an, die Geschlossenheit und Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft zu sichern.

Deutschland muß zu seiner gewachsenen internationalen Verantwortung stehen. Wer die Solidarität mit unseren Partnern aus innenpolitischem Kalkül heraus in Frage stellt, der verspielt außenpolitische Glaubwürdigkeit und damit ein Stück Zukunft unseres Landes.

Der Vorstand der CDU unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung um eine Lösung des Konflikts, insbesondere im Rahmen der Kontaktgruppe. Dabei muß vor allem die Beendigung der Leiden der Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina im Vordergrund stehen. Die fortdauernde und sich immer noch steigende Beschießung der Zivilbevölkerung in Sarajewo und in den anderen bosnischen Enklaven sowie die systematische Blockierung der Hilfskonvois, welche die schlimmste Not bedenken sollen, sind eine unerträgliche Verletzung der fundamentalsten Menschenrechte.

**Die langfristige und dauerhafte Schadstoffminderung im Verkehrsbereich ist ein zentrales Ziel der CDU-Verkehrs- und Umweltpolitik. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket schaffen wir die Grundlagen zur Bekämpfung der Luftverunreinigungen und des Sommersmogs.**

Angela Merkel:

## **Noch in diesem Sommer**

*Der Vorwurf, der geplante Grenzwert von 270 Mikrogramm reiche nicht aus, weil dieser Wert zu selten erreicht werde, ist irreführend. Die Qualität des Gesetzentwurfs läßt sich schließlich nicht daran messen, wie oft einschneidende Maßnahmen ergriffen werden. Maßstab muß vielmehr sein, daß bei einem vertretbaren Grenzwert, die erforderlichen Maßnahmen greifen.*

*Wir werden die parlamentarischen Beratungen im Bundestag am 23. Juni wahrscheinlich abschließen, das heißt, dann geht das Gesetz in den Bundesrat. Der wird sich am 14. Juli damit befassen, und dann kommt es darauf an, inwieweit der Bundesrat sich den Vorschlägen des Bundesparlaments, also des Bundestages, annähert. Bei gutem Verlauf können wir diesen Sommer noch eine solche Regelung haben. Ich werde mich jedenfalls sehr dafür einsetzen.*

► Fortsetzung von Seite 1

Er sieht Fahrverbote für nicht-schadstoffarme Fahrzeuge bei einem Grenzwert von 270 Mikrogramm Ozon vor. Damit kann die Ozonbelastung um bis zu 15 Prozent vermindert werden. Die Länder erhalten die Möglichkeit, Ausnahmeregelungen für Pendler und Urlauber zu erlassen.

## Unsere Strategie zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Verkehr

**Seit der Regierungsübernahme von Bundeskanzler Helmut Kohl hat die CDU-geführte Bundesregierung konsequent die Luftreinhaltung im Verkehr vorangetrieben. Hier die wichtigsten Maßnahmen:**

Seit 1985 haben wir mit steuerlichen Anreizen und entsprechenden Verordnungen die Einführung des schadstoffarmen Autos in Deutschland gefördert. Heute müssen z.B. alle neuen Benzin-Pkw mit dem geregelten 3-Wege-Katalysator der besten Abgasreinigungstechnik, die rund 90 Prozent der Schadstoffemissionen verhindert, ausgerüstet werden. **Während 1990 nur knapp sechs Millionen Katalysator-Fahrzeuge in Deutschland fuhren, sind es mit 18 Millionen heute mehr als dreimal so viel.** Mit rund 53 Prozent aller benzinbetriebenen Pkw erreichen die Katalysator-Fahrzeuge in Deutschland einen Spitzenwert in Europa. Darüber hinaus wurden die Abgasnormen für Diesel-Pkw und Lkw seit Mitte der achtziger Jahre ebenfalls kontinuierlich verschärft.

Auch die Kraftstoffqualität wurde in den letzten Jahren deutlich angehoben. Mit einem Anteil des bleifreien Benzins von 85 Prozent (zum Vergleich Frankreich: 34 Prozent) übertreffen wir alle unsere europäischen Nachbarn bei der Verbesserung der Kraftstoffqualität. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft die Einführung benzinarmen Benzins steuerlich fördern.

Aufgrund einer Initiative der Bundesregierung werden nach einem 3-Stufen-Plan europäische Abgasgrenzwerte für Kraftfahrzeuge weiter verschärft. Die 1996/97 in Kraft tretende zweite Stufe wird noch einmal zu einer Halbierung der Emissionen führen. Eine weitere Verschärfung der Grenzwerte ist für das Jahr 1999 vorgesehen.

Das CDU-Präsidium hat beschlossen, ab dem 1. Januar 2000 die Neu- oder Wiederzulassung von Autos ohne Katalysator zu verwehren. Ziel ist dabei die vollständige Einführung des Katalysatorautos bis zum Jahre 2000.

## Rote Karte für die Versenkung der Brent Spar

Die geplante Versenkung der ausrangierten Ölplattform Brent Spar hat der Verkehrsclub Deutschland als „unannehmbaren Tiefschlag gegen die Umwelt“ kritisiert. Der VCD befürchtet, daß mit dem Abwracken der Brent Spar ein Präzedenzfall für weitere 400 Nordseebohrinseln geschaffen werden soll. „Während der Öl-Multi in einem Werbe-Spot ankündigt, ‚Jahr für Jahr wachsen in Deutschland die Müllberge. Das wollen wir ändern‘, sieht die Praxis von Shell anders aus“, kommentierte VCD-Vorsitzender Rüdiger Wohlers. „Um bei der Versenkung der Plattform 30 Millionen DM zu sparen, verzichtet der Konzern auf die umweltgerechte Entsorgung an Land.“

# Sommersmog wirksam bekämpfen

Die Koalitionsfraktionen haben mit Unterstützung der Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von kurzfristig auftretenden Ozonspitzen im Bundestag eingebracht, der Fahrverbote für Kfz mit hohem Schadstoffausstoß vorsieht, wenn eine Ozonkonzentration von 270 Mikrogramm pro m<sup>3</sup> an bestimmten Meßstationen erreicht und zusätzlich zu erwarten ist, daß auch am nächsten Tag dieser Wert erreicht wird. 1994 waren diese Bedingungen an drei Tagen erfüllt und hätten zu Fahrverboten in Hessen und Nordrhein-Westfalen geführt. Das Gesetz soll bis zum 31.12.1999 befristet gelten.

Von diesem Fahrverbot sind ausgenommen:

- Pkw mit geregelter KAT und gleichwertige Dieselfahrzeuge (alle Pkw, welche die heutigen Zulassungsvoraussetzungen erfüllen).
- Alle Lkw und Busse, welche die heutige Zulassungsnorm erfüllen (EURO-Norm I und II), sowie alle Fahrzeuge, die nicht älter als fünf Jahre sind.
- Motorräder, solange es keine festgelegten europäischen Abgasgrenzwerte gibt, längstens aber bis zum 31.12.1997.

Die oberste Straßenverkehrsbehörde des Landes gibt das Fahrverbot bekannt. Es gilt für den nächsten Tag, ab 6 Uhr für 24 Stunden im gesamten Bundesland.

Ein Fahrverbot für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß ist eine sehr einschneidende Maßnahme. Trotzdem haben sich die Koalition und die Bundesregierung hierzu entschlossen. Die Erfahrungen aus dem letzten Sommer bestärken uns darin:

Das von SPD und Grünen favorisierte Tempolimit hat praktisch nicht zu einer Senkung der Ozonspitzen beigetragen, ebenso der in Heilbronn durchgeführte Versuch mit lokalen Fahrverboten. Hinzu kommt, daß ein Tempolimit alle gleich trifft, diejenigen, die ein schadstoffarmes Fahrzeug fahren genauso wie diejenigen, die sich dafür bisher nicht entschieden haben. **Unser Ziel ist aber, möglichst viele Autobesitzer zur Anschaffung eines schadstoffarmen Fahrzeugs zu motivieren.**

## Generelle Ausnahmen

Der Gesetzentwurf sieht generelle Ausnahmen vom Fahrverbot für den öffentlichen Personennahverkehr, Taxen, Kranken- und Arztwagen sowie alle Notfalldienste vor. Außerdem werden Berufspendler dann ausgenommen, wenn sie nachweisen, daß sie ihren Arbeitsplatz nur mit dem Pkw erreichen können. Davon, daß kein Berufspendler betroffen ist, kann also keine Rede sein.

Der Gesetzentwurf enthält ferner eine Bestimmung, die es den Ländern ermöglicht, für bestimmte Personengruppen Ausnahmen zuzulassen. Dazu zählen z. B. Urlauber. So müssen im Falle eines Fahrverbots die mit dem Verbot erwartete Verminderung der Ozonspitzenwerte gegen Belastungen aus kilometerlangen Staus beim Rückreiseverkehr abgewogen werden können. Gleiches gilt für Ausnahmen in Einzelfällen im Wirtschaftsverkehr, wenn z. B. unaufschiebbare Arbeiten durchgeführt werden müssen.

Die Möglichkeit, Ausnahmen zuzulassen, dient nicht dazu, das Gesetz auszuhöhlen,

sondern da, wo es erforderlich ist, angemessen zu reagieren.

Neben den Ausnahmen ist die Wahl des Grenzwertes der zweite große Streitpunkt. Der im Gesetzentwurf vorgesehene Grenzwert von 270 Mikrogramm pro m<sup>3</sup> ist ebenso wie der von SPD und Grünen favorisierte Grenzwert von 240 Mikrogramm ein Schwellenwert. Die Unterschiede in der Belastung sind kaum wahrnehmbar. Es ist deshalb unverständlich, daß von der Opposition immer wieder der Vorwurf gemacht wird, die Regierungsparteien spielten mit der Gesundheit der Bürger. Im Gegenteil, mit einer solchen Argumentation wird das gesundheitliche Risiko, das ja unzweifelhaft vorhanden ist, in einer Weise dramatisiert, die bei den Menschen Ängste schürt. Dazu gehört auch die bewußt falsche Verknüpfung mit der Diskussion um den MAK-Wert (Maximale Arbeitsplatzkonzentration). Die für die MAK-Werte zuständige Kommission hatte den bisherigen Grenzwert zunächst aufgehoben, nachdem Langzeitstudien an Ratten und Mäusen in den USA Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung in der Lunge der Tiere ergeben hatten. Die Tiere waren dabei einer Konzentration von 1000 bis 2000 Mikrogramm pro m<sup>3</sup> Ozon ausgesetzt. Bei einer Konzentration von 240 Mikrogramm zeigte sich dagegen keine krebserzeugende Wirkung.

Der Zusammenhang zwischen der MAK-Werte-Diskussion und der temporären Sommersmog-Belastung ist außerdem nicht allein aufgrund der Grenzwerte irreführend. Bei der maximalen Arbeitsplatzkonzentration geht es um Dauerbelastungen von acht Stunden täglich an 220 Arbeitstagen, während Ozonbelastungen im Sommer stundenweise im Freien und nicht einmal täglich auftreten.

Etwa 10 Prozent der Bevölkerung reagiert empfindlich auf Ozon. Bei diesen Perso-

nen führen Konzentrationen um 240 Mikrogramm pro m<sup>3</sup> nach mehrstündiger Exposition und gleichzeitiger körperlicher Belastung zur Verminderung der Lungenfunktion um 10 bis 20 Prozent. Diese Veränderungen werden von den betroffenen Personen subjektiv im allgemeinen noch nicht wahrgenommen.

## Fahrverbote besser als Tempolimit

Mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen kann bei Werten von über 300 Mikrogramm pro m<sup>3</sup> unter den oben genannten Expositionsbedingungen (mehrstündiger Aufenthalt im Freien bei gleichzeitiger körperlicher Belastung) gerechnet werden. Tränenreiz, Reizung der oberen Atemwege und eventuelle Kopfschmerzen können bei diesen Konzentrationen auch ohne stärkere körperliche Belastung im Freien auftreten. Diese Reizsymptome der Schleimhäute sind allerdings meist auf andere, im Gegensatz zu Ozon gut wasserlösliche Stoffe zurückzuführen, die ebenfalls bei der Bildung von Sommersmog entstehen.

Es ist deshalb angemessen, mit großräumigen Fahrverboten auf erhöhte Ozonwerte zu reagieren. Mit dieser Maßnahme können diese Werte um rund 15 Prozent gesenkt werden, während selbst ein strenges Tempolimit maximal fünf Prozent Minderung erbringt.

Auch der Vorwurf, der geplante Grenzwert von 270 Mikrogramm reiche nicht aus, weil dieser Wert zu selten erreicht werde, ist irreführend. Die Qualität des Gesetzentwurfs läßt sich schließlich nicht daran messen, wie oft einschneidende Maßnahmen ergriffen werden. Maßstab muß vielmehr sein, daß bei einem vertretbaren Grenzwert die erforderlichen Maßnahmen greifen.

Volker Rühle:

## 40 Jahre Bundeswehr – ein Garant für Freiheit und Frieden

Die Bundeswehr wird in diesem Jahr 40, die Armee der Einheit fünf Jahre alt. Beides ist Anlaß genug, die Leistungen der Bundeswehr überall in Deutschland zu würdigen. Unsere Soldaten können stolz sein auf das, was sie bisher geleistet haben und können zu Recht die Anerkennung des ganzen deutschen Volkes dafür erwarten. Mehr denn je gilt heute, daß unsere Soldaten beim Einsatz draußen vom Konsens im Inneren getragen werden müssen.

Deutschlands Solidarität ist jetzt gefordert - eine andere Art von Solidarität als die, die das Bündnis uns und wir dem Bündnis bisher gegeben haben. Unsere Soldaten müssen das gleiche Risiko tragen wie junge Franzosen, Briten oder Niederländer, wenn es darum geht, die humanitäre Mission in Bosnien durchzusetzen und dem Friedensprozeß eine neue Chance zu geben. Wir üben diese Solidarität mit deutschen Streitkräften, die sich in der Allianz bewährt, in Auslandseinsätzen wertvolle neue Erfahrungen gesammelt haben und nun Schritt für Schritt auf neue Aufgaben ausgerichtet werden. Aber wir schaffen damit keine neue Bundeswehr, sondern geben einer Entwicklung, die vor 40 Jahren begonnen hat, eine neue Richtung.

### 1955 ein wichtiges Jahr

Heute vor 40 Jahren wurde das Amt Blank in Bundesministerium für Verteidigung umbenannt. Einen Monat zuvor, am 5. Mai 1955, war die junge Bundesrepublik NATO-Mitglied und souverän geworden.

Und am 12. November desselben Jahres wurden die ersten 101 Freiwilligen zu Soldaten der Bundeswehr ernannt.

1955 ist damit in der Geschichte Deutschlands ein wichtiges Jahr. Nur zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur und dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Bundesrepublik als gleichberechtigter Partner in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien aufgenommen. Sie leistete mit der Bundeswehr fortan einen entscheidenden Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung des Westens gegen die Bedrohung durch Sowjetunion und Warschauer Pakt. Die entschlossene Politik Konrad Adenauers, durch konsequente Westintegration - auch mit einem militärischen Beitrag - der Bundesrepublik Selbstbestimmung und Sicherheit zu geben, hatte ein entscheidendes Zwischenziel erreicht.

### Staatsbürger in Uniform

Die Bundeswehr ist die älteste deutsche Armee in diesem Jahrhundert. Sie ist die erste Wehrpflichtarmee in einer Demokratie in Deutschland. Und sie ist die erste deutsche Armee, die in ein Bündnis von parlamentarischen Demokratien integriert ist. Die Bundeswehr ist also etwas Neues: Erstmals in der deutschen Militärgeschichte sind die Grundwerte von Demokratie und Rechtsstaat und militärisches Selbstverständnis im Einklang - und damit moderne politisch-geistige Grundlage unserer Armee.

Es war das Verdienst der Reformer um die Generale de Maizière, Graf Baudissin, Graf Kielmannsegg und Steinhoff, die Bundeswehr umfassend - institutionell, rechtlich und geistig - im demokratischen Staat zu verankern und sie zugleich zu einer schlagkräftigen Armee im Bündnis aufzubauen. In bewußter Abkehr von den Fehlentwicklungen in Reichswehr und Wehrmacht haben diese Männer an die freiheitlichen Traditionen der deutschen Militärgeschichte angeknüpft. Die Ideen der preußischen Reformer von 1806, Bürger und Staat, Freiheit und Mitverantwortung, Wehrpflicht und Landesverteidigung zu verbinden, fanden ihren Niederschlag in der Konzeption der Inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. Die Verteidigung der ersten Soldaten der Bundeswehr am 12. November 1955, dem 200. Geburtstag des Generals von Scharnhorst, war von programmatischer Symbolkraft. Am 28. Juni, dem Todestag des preußischen Heeresreformers, werden wir ihn mit einer Kranzniederlegung an seinem restaurierten Grab und auf dem Invalidenfriedhof in Berlin ehren.

Die Frauen und Männer und vor allem die Offiziere der Wehrmacht, die im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime ihrem Gewissen folgten und in existenzbedrohender Lage die Würde des Menschen über den bedingungslosen Gehorsam, die Treue zum Land über die Gefolgschaft zu einem Diktator stellten und die für ihre Überzeugung ihr Leben gaben - sie haben diese Tradition in beispielgebender Weise fortgesetzt. Daran orientiert sich die Bundeswehr heute wie vor 40 Jahren.

Daher habe ich der größten Garnison in Berlin den Namen von Dr. Julius Leber gegeben. Als Soldat und Patriot im Ersten Weltkrieg, als überzeugter Demokrat in der Weimarer Republik und als furchtloser Widerstandskämpfer gegen die Nazis ist er

Vorbild für die Bundeswehr. Am 23. Mai, am Verfassungstag, haben wir dort das erste große Feierliche Gelöbnis in unserer Hauptstadt mit über 1.000 Rekruten der Bundeswehr aus ganz Deutschland gefeiert.

---

## Für Freiheit und Frieden

---

Vier Jahrzehnte lang hat die Bundeswehr zusammen mit den Streitkräften unserer Verbündeten Freiheit und Frieden geschützt. Während der Ost-West-Konfrontation bildeten die deutschen Streitkräfte das Rückgrat der NATO-Verteidigung in Mitteleuropa. Der rasche Aufbau verlangte Tribut: Die Starfighter-Krise lastete schwer auf der noch jungen Bundeswehr. Aber solche Rückschläge wurden gemeistert. Die Bundeswehr wurde rasch eine moderne Armee, im Bündnis geachtet, im Warschauer Pakt respektiert.

Mit der Bildungsreform der siebziger Jahre marschierte die Bundeswehr - ganz im Sinne Scharnhorsts - an der Spitze des Fortschritts. Die Kombination von wissenschaftlicher Bildung und militärischem Können bewährt sich auch heute Tag für Tag.

Die Geschichte der Bundeswehr ist auch eine Geschichte erfolgreicher Kriegsverhinderung in schwieriger Zeit. Das komplexe Gefüge aus glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft, aus nuklearer Abschreckung und konventioneller Abwehrfähigkeit bedeutet eine schwierige intellektuelle und moralische Herausforderung. Glaubwürdige Abschreckung hat über vier Jahrzehnte den Frieden gesichert. Die Bundeswehr hat in vorbildlicher Weise dazu beigetragen.

Die Bundeswehr war und ist nicht nur Garant der äußeren Sicherheit, sondern auch Helfer in Katastrophen - bei Sturmfluten, Schneekatastrophen und Waldbränden im

In- und Ausland. Die Hilfe während der Sturmflut in der Küstenregion zwischen Hamburg und Bremen im Februar 1962 bleibt unvergessen; damals waren 40.000 Soldaten der Bundeswehr im Einsatz.

---

## Hinterlassenschaft der NVA bewältigt

---

In den letzten Jahren meistert die Bundeswehr die zweite große Aufbauleistung ihrer Geschichte. Der Umbruch, den sie heute bewältigt, steht den Herausforderungen bei der

Aufstellung in nichts nach; er kommt einem Neuaufbau gleich.

Im Laufe der Reduzierung der gesamtdeutschen Streitkräfte von nahezu 600.000 auf 370.000 Soldaten in nur vier Jahren wurden im Westen 332 Einheiten und Dienststellen aufgelöst und über 200 Standorte geschlossen. Zwischen 1990 und 1994 gab es durchschnittlich 50.000 Versetzungen pro Jahr.

Um die Hinterlassenschaft der NVA zu bewältigen, mußten im Jahre 1990 1.500 Truppenteile und Dienststellen in 2.300 militärischen Anlagen und 35 Standorten der NVA übernommen und aufgelöst werden.

Über 10.500 Kampfpanzer, Artilleriewaffen, Flugzeuge und Schiffe, über 80.000 Radfahrzeuge und über 1,3 Millionen Handwaffen waren zu verwerten oder zu zerstören. Die Bundeswehr übernahm auch Verantwortung für fast 300.000 Tonnen Munition. Gut 80 Prozent sind inzwischen delaboriert oder verwertet, was knapp 500 Millionen DM gekostet, aber zugleich auch 1.200 Arbeitsplätze gesichert hat. Und unsere Verpflichtungen aus dem KSZE-Vertrag sind weit vor der Zeit erfüllt.

---

## Die Armee der Einheit steht

---

Für den Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern wurden bisher 18 wichtige Dienststellen und Verbände von West nach Ost verlegt; in wenigen Tagen werde ich in Dresden den Grundstein für die neue Offizierschule des Heeres legen.

Rund 3.000 Offiziere und 7.600 Unteroffiziere der ehemaligen NVA wurden integriert und zu Soldaten der Bundeswehr ausgebildet. Mittlerweile haben über 200.000 Wehrpflichtige aus den neuen Ländern in der Bundeswehr gedient, viele davon im Westen. Sie haben erfahren, was eine Armee in der Demokratie ausmacht. Heute gibt es zwischen den Verbänden in Ost und West, in der Professionalität und im Selbstverständnis keinen Unterschied. Die NATO-Assignierung zu Beginn des Jahres bedeutet: Die Armee der Einheit steht.

Parallel zu dieser einmaligen Leistung hat sich die Bundeswehr in neuen, für sie ungewohnten Einsätzen im Rahmen internationaler Friedensmissionen bewährt: Minensuche im Golf, Sanitätseinsätze in Kambodscha, humanitäre Hilfe in Somalia, Embargo-Überwachung in der Adria, Unterstützung von VN-Inspektionen im Irak und Hilfsflüge für Sarajevo und Ost-Bosnien.

Dies alles kam für die Bundeswehr seit 1990 Schlag auf Schlag und mußte nahezu gleichzeitig bewältigt werden - obendrein bei unsicheren Rahmenbedingungen. Die wiederholten drastischen Einschnitte in den Verteidigungshaushalt zwischen 1991 und 1994 haben die Entwicklung der Bundeswehr getroffen, die umstrittene Verfassungslage hat viele verunsichert.

**Heute können wir sagen: Wir haben eine solide Basis geschaffen für den Weg in die Zukunft.**

# Ausbau der Elbe als Schifffahrtsweg ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch vertretbar

**Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill hat die Forderung des Präsidenten des Naturschutzbund Deutschland (NABU), Jochen Flasbarth, nach einem Stop für den drastischen Ausbau der Elbe, als eine falsche Darstellung der tatsächlichen Planungen zurückgewiesen.**

Die tatsächlichen Planungen nach dem Bundesverkehrswegeplan sehen eine Erhaltung und Sanierung des vorhandenen Ausbaus vor. Von einer drastischen Veränderung kann unter keinen Umständen die Rede sein.

Grill verwies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß die Erhaltung des Schifffahrtsweges auch ökologischen Ansprüchen gerecht werde; dies gelte einer-

seits für die Tatsache, daß die Binnenschifffahrt eine eindeutige ökologische Entlastung durch die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Wasserwege darstelle, andererseits sei zu befürchten, daß die unterbliebene Erhaltung des Schifffahrtsweges Elbe die Hochwassergefahren verstärke.

Im übrigen ist die im Bundesverkehrswegeplan einstimmig von allen Fraktionen beschlossene Sanierung des Schifffahrtsweges in keiner Weise unverträglich mit einem Großschutzgebiet Elbetal. Im Gegenteil, auch nach den Kriterien der internationalen Naturschutzpolitik geht man davon aus, daß etwa in einem Biosphärenreservat 50 Prozent und mehr des Gesamtpotentials für wirtschaftlich sinnvolle Aktivitäten genutzt werden sollten.

## 166 Millionen DM für Bergarbeiterwohnungen

Rund 166,7 Millionen DM stellt Bundesbauminister Klaus Töpfer 1995 für den Wohnungsbau der Bergarbeiter im Kohlebergbau zur Verfügung. Die Gelder sollen für die Modernisierung und den Neubau von Wohneigentum und Mietwohnungen eingesetzt werden. Mit den Fördermitteln soll der Wohnungsmarkt in den Kohlenrevieren entlastet und insbesondere in den neuen Ländern eine zusätzliche struktur- und arbeitsmarktpolitische Hilfestellung geleistet werden. Darüber hinaus soll mit den Geldern die historisch wertvolle städtebauliche Struktur in den Bergarbeitersiedlungen erhalten werden.

## Zahl neuer Asylsuchender angestiegen

Die Zahl der neu registrierten Asylbewerber in Deutschland ist im Mai wieder leicht gestiegen und liegt mit rund 9.400 Menschen etwa so hoch wie im Mai 1994. Die größte Gruppe machten erneut Flüchtlinge aus der Türkei aus, teilte das Bundesinnenministerium in Bonn mit. Minister Kanther kritisierte wegen des „zu hohen Niveaus“ der Asylbewerberzahlen Italien, das durch den Verzicht auf Visa für Serben Schleppern die Einschleusung illegaler Zuwanderer nach Deutschland ermögliche. Im Mai kamen insgesamt 900 Flüchtlinge mehr als im April. Rund 2.100 Asylsuchende kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Erwin Marschewski:

## Korruption im öffentlichen Dienst – wehret den Anfängen

Die Anzahl der bekanntgewordenen Korruptionsfälle hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. So wurden 1994 194 Fälle der Vorteilsgewährung und 191 Fälle der Vorteilsannahme sowie 1906 Fälle der Bestechung und 851 Fälle der Bestechlichkeit gezählt.

Bei den bekanntgewordenen Korruptionsfällen offenbarte sich leider eine ganze Kette von Korruptionsdelikten, Gefälligkeiten, Vergünstigungen, Ermessensüberschreitungen, Pflichtwidrigkeiten, Rechtsbrüchen, die für mehr oder weniger bedeutende Gegenleistungen erbracht worden sind, zu Lasten Dritter oder der Allgemeinheit.

Fast alle Zweige des öffentlichen Bereichs sind Zielobjekte von Korruptionshandlungen mit denen beabsichtigt ist,

- behördeninterne Informationen zu gewinnen,
- Verwaltungshandeln zu steuern,
- wirtschaftliche Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit zu erhalten und letztlich
- Machtpositionen auf- und auszubauen, indem Abhängigkeiten geschaffen werden.

Sicherlich versieht der größte Teil der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung seinen Dienst in vorbildlicher Weise. Aber gerade die schwarzen Schafe sorgen dafür, daß der Bürger sein Vertrauen in die Integrität, eben in die Unbestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung verliert. Adressaten von Korruption – soweit man den Begriff auf den staatlichen Bereich beschrän-

ken will – sind aber nicht nur Beamte, sondern ebenso Politiker, Angestellte und Richter.

Zur Bekämpfung der Korruption im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind sowohl administrative Maßnahmen (zur Gewährleistung der strikten Einhaltung bestehender Vorschriften) als auch legislative Maßnahmen erforderlich.

Administrative Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind:

- konsequente öffentliche Ausschreibung oder Herbeiführung eines möglichst großen und wechselnden Anbieterkreises bei behördlichen Ausschreibungen;
- konsequenter Ausschluß korrumpierender Unternehmer von öffentlichen Ausschreibungen;
- (vermehrte) Vereinbarung von Vertragsstrafen bei Korruption unter Berücksichtigung hiermit unter Umständen verbundener preistreibender Faktoren;
- Prüfung der Möglichkeiten zur (vermehrten) Aufnahme von Antikorruptionsklauseln bei Bundesbürgschaften und Zuwendungen;
- bei der – gewollten – stärkeren Delegation von Aufgaben im öffentlichen Dienst müssen ausreichende Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden („Mehr-Augen-Prinzip“; Ausbau behördeninterner Kontrollen unter vorrangigem Einsatz von EDV);
- Personalrotation

Legislative Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption primär im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind u. a.:

- Prüfung der Möglichkeiten zur Verschärfung der Korruptionstatbestände, konkret: Strafbarkeit der Vorteilsnahme auch ohne Gegenleistung, wenn der Vorteil eine bestimmte Wertschwelle überschreitet,
- Hochstufung der Vorteilsnahme sowie der Straftatbestände der Bestechlichkeit und der Bestechung zu Verbrechenstatbeständen;
- Verlängerung der Verjährungsfristen bei Korruptionsdelikten (ggf. auch auf dem Weg der Strafrahmenerhöhung), da die Verflechtung zwischen Bestecher und Bestochenen die frühzeitige Entdeckung von Taten zumeist verhindert;
- im Fall der Heraufstufung bestimmter Korruptionstatbestände zu Verbrechen erscheint zum Ausgleich für die wegfallenden Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung gemäß §§ 153 ff. StPO die Einführung einer Kronzeugenregelung angezeigt;
- Ermöglichung der Telefonüberwachung bei Bestechlichkeit und Bestechung (Erweiterung des Straftatenkatalogs des § 100 a StPO);
- Ermöglichung des Einsatzes technischer Mittel ohne Wissen des Betroffenen („Lauschangriff“) gemäß § 100c StPO bei schweren Korruptionsdelikten;
- Prüfung der Möglichkeiten, eine eventuelle Gesetzeslücke bei der Strafbarkeit des Ausschreibungsbetrugs zu schließen, damit bereits die Beteiligung an wettbewerbsausschließenden Maßnahmen ungeachtet eines nachweisbaren Schadens bestraft werden kann (Änderung z. B. in § 164 StGB);
- Prüfung der Möglichkeit, eine eventuelle Gesetzeslücke bei der Haushaltsuntreue

zu schließen mit dem Ziel, daß vorsätzliche Verschwendung öffentlicher Gelder (durch eine Änderung von § 266 StGB) bestraft werden kann;

### **Korruption darf sich nicht in deutschen Behörden ausbreiten – das Vertrauen des Bürgers in die Integrität des Staates muß erhalten bleiben.**

- Prüfung der Möglichkeit der Erweiterung des Tatbestandes der Abgeordnetenbestechung (§ 108 e StGB) auf Einflußnahme im Vorfeld parlamentarischer Beratungen;
- Prüfung der Möglichkeit, Unternehmensbeteiligungen von Amtsträgern bei Unternehmen zu verhindern, mit dem er in dienstlichem Kontakt steht;
- Prüfung der Notwendigkeit der Erweiterung der Vorschriften des erweiterten Verfalls, damit diese auch bei Korruptionsdelikten Anwendung finden können.

### **Durch Privatisierung auf Erfolgskurs**

Einen Jahresüberschuß von 180 Mio. Mark hat die Deutsche Bahn AG im vergangenen Geschäftsjahr eingefahren. Wie Vorstandsvorsitzender Heinz Dürr erklärte, betrug der Umsatz der privatisierten Bahn 23,8 Mrd. Mark. Dies entsprache einer Steigerung um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Alle Bereiche der Bahn hätten ihre Produktivität gesteigert und seien besser ausgelastet als in den Jahren zuvor. Doch sei das 94er Ergebnis nur der Anfang und nicht bereits der Abschluß des Erneuerungsprozesses der Bahn.

**Klare Absage an Rot/Grün**

**Helmut Kohl lobt CDA als Brücke zu Gewerkschaften und Arbeitnehmern**

**Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl gratulierte Rainer Eppelmann in seiner Rede vor der 26. Bundestagung der CDA in Rüsselsheim am 10. Juni 1995 zu dessen Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDA.**

Dabei würdigte der Kanzler den Beitrag der CDU-Sozialausschüsse beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und unterstrich die Rolle der Sozialausschüsse innerhalb der CDU. Deutschland brauche auch weiterhin die Sozialausschüsse als „sozialen Regulator, soziales Gewissen und zugleich soziales Barometer“.

Helmut Kohl würdigte die CDA als wichtiges Bindeglied zwischen den Gewerkschaften und der CDU. Als „Union aller Volksschichten“ sei die CDU für immer mehr Arbeitnehmer zur politischen Heimat geworden. Immer mehr Arbeitnehmer erkannten, daß ihre Interessen am besten von der CDU vertreten werden.

Die Union habe nie einen nackten Kapitalismus vertreten, sondern das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Auch heute gelte es, Antworten auf die drängenden sozialpolitischen Fragen zu formulieren.

Zum Thema Umbau des Sozialstaates erklärte Helmut Kohl, es gehe nicht um Abbau, sondern um Festigung und größere Treffergenauigkeit der Sozialstaates. Hierfür sei es notwendig, gemeinsam über Mittel und Wege nachzudenken, wie den wirklich Bedürftigen besser geholfen, der Mißbrauch energischer bekämpft und tragfähige Brücken aus Arbeitslosigkeit in möglichst dauerhafte Beschäftigung gebaut werden könnten. Für den Herbst kün-

digte der Bundeskanzler eine Initiative zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Unternehmen an.

Trotz konjunkturellen Aufschwungs und Erholung auf dem Arbeitsmarkt sei die Zahl der Menschen ohne Arbeit weiter viel zu hoch. Er wisse um die schwere Bürde für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Helmut Kohl bezeichnete daher die Schaffung neuer Arbeitsplätze als größte Herausforderung in Deutschland.

Um die Zukunftschancen für unser Land zu nutzen, sei es notwendig, einen klaren Kurs zu fahren. Heute stelle sich die klare Alternative: Koalition der Mitte oder Rot/Grün. Helmut Kohl warnte eindringlich vor den Gefahren von Rot/Grün für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in Deutschland. Rot/Grün stehe für Technikfeindlichkeit gepaart mit ökosozialistischen Experimenten. Hinzu komme die Gefahr eines fatalen Sonderweges in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die unser Land in die Isolierung treiben würde.

**Die Industriearbeiter müßten sich zu Recht besorgt fragen, wie ihre Zukunft unter Rot/Grün aussehen würde. So seien die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am besten bei der Union aufgehoben und nicht bei der SPD, die mit einer ökosozialistischen Linkspartei koaliere.**

Rot/Grün stehe für Zukunftsverweigerung und Arbeitsplatzvernichtung. Dagegen stehe die Union für wirtschaftliche, ökologische und soziale Zukunft. Dies wisse die Mehrheit der Bevölkerung.

**Rainer Eppelmann:**

## Neue Offensive für die Vermögensbildung

**Die Bundestagung war von einer starken inneren Geschlossenheit der CDA geprägt. Dies zeigen die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse.**

Sie sind eine Verpflichtung, den sozialen Umbau der Gesellschaft im Sinne der Arbeitnehmer offensiv mitzugestalten. Dies geht nicht mit Gruppenegoismus, sondern nur mit einer Wiedergeburt des Gemeinwohls. Die CDA versteht sich als Sachwalter einer gemeinwohlorientierten Politik. Daher wird die CDA die Konsensgespräche zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften, die auf Initiative der CDA im Januar diesen Jahres gestartet wurden, zum Anlaß nehmen, eine zweite Phase der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu starten.

Die CDA fordert, daß noch 1995 eine Gesetzesinitiative zum Investivlohn nach dem Konzept des vermögenspolitischen Experten Wolfgang Vogt, MdB, parlamentarisch eingebracht wird. Die Sozialausschüsse sehen sich durch die Aussagen von Bundeskanzler Helmut Kohl in dem Anliegen massiv bestärkt. Die Finanziere der deutschen Einheit, und dies sind vor allem die Arbeitnehmer, müssen an dem sich bildenden Produktivkapital und seiner Wertschöpfung beteiligt werden. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für einen dauerhaften sozialen Frieden.

Die CDA wendet sich gegen die Arbeitgebervertreter, die mit sozialpolitischem Abbau die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken wollen. Sie fordert statt dessen eine Innovationsoffensive und eine stärkere Konzentration der Fördermöglichkeiten für den Mittelstand. Wir appel-

lieren an die Politik, daß sie vor allem die Mehrheit der arbeitenden Menschen im Auge haben muß. Eindeutig wird die Einführung von Karenztagen abgelehnt.

Weiter fordert die CDA die Entlastung der Sozialversicherung von gesamtstaatlichen Aufgaben. Ein Stufenplan soll gewährleisten, daß beispielsweise die Mittel für berufliche Fortbildung und Umschulung, aber auch einigungsbedingte Ausgaben, aus Steuermitteln finanziert werden, während im Gegenzug die Sozialversicherungsbeiträge um drei Prozent zu reduzieren sind. Durch die Entlastung der Lohnnebenkosten verspricht sich die CDA mehr Beschäftigung, so daß aus Arbeitslosengeldempfängern wieder Beitragszahler zur Sozialversicherung werden. Durch die Kombination von Erwerbseinkommen und Sozialhilfe will die CDA eine Brücke aus der Sozialhilfe in die Erwerbsarbeit bauen. Wir begrüßen, daß Bundesgesundheitsminister Seehofer dieses Konzept in seinen Vorstellungen zur Sozialhilfereform aufgegriffen hat. Allerdings ist die bisher geplante Frist von sechs Monaten zu kurz.

Für die Akzeptanz Europas in der Arbeitnehmerschaft ist von entscheidender Bedeutung, daß für die gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz der gleiche Lohn gezahlt wird. Durch Billiganbieter sind derzeit 100.000 Arbeitsplätze in der mittelständischen Bauwirtschaft gefährdet. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dem Anspruch gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gerecht wird. Dieser Gesetzentwurf muß unverzüglich in die parlamentarische Beratung eingebracht werden.

Auf Initiative von Heribert Scharrenbroich, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, hat die Bundestagung beschlossen, die Wohneigentumsförderung stärker auf Familien mit Kindern zu konzentrieren.

Reinhard Göhner als Buchautor:

## Erneuerung von Politik und Gesellschaft

Nicht von ungefähr wird heute die Frage nach der nationalen Identität und ihrer Bedeutung für uns Deutsche neu gestellt. Solidarität, das vorrangige Kennzeichen einer nationalen Gemeinschaft, scheint eher zu schrumpfen als zu wachsen; die Mißverständnisse zwischen den Deutschen in den alten und den neuen Bundesländern nehmen dagegen zu.

Sind Freiheit und Demokratie für ganz Deutschland denn keine tragfähigen Fundamente in unserem wiedervereinigten Land? An Bewußtsein für diese Errungenschaften der alten westdeutschen Bundesrepublik wie der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und nun unseres gemeinsamen deutschen Staates mangelt es offensichtlich gleichermaßen in den beiden zusammenwachsenden Teilen des vereinten Deutschlands. Individuelle Freiheit und gemeinschaftliche Verantwortung zusammenzubinden zeigt sich auch von daher als zentrale innen- und gesellschaftspolitische Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik. Mehr Bürgersinn ist notwendig, damit die freiheitliche Ordnung auch von den Menschen mitgetragen wird.

Es kann und darf aber nicht darum gehen, Verantwortung, Gemeinwohldenken und Bürgertugenden „von oben“ zu verordnen – dies wäre nicht freiheitlich, sondern autoritär gedacht. Die politischen Rahmenbedingungen müssen allerdings so gesetzt werden, daß sie Verantwortlichkeit des einzelnen fördern und gemeinschaftsschädlichen Egoismus nicht noch Anreize geben. Die Politik muß zunächst ihre

eigene Reformfähigkeit beweisen. Aber die Erneuerung selbst muß aus der Gesellschaft kommen, sie muß von vielen einzelnen, von Organisationen und Institutionen, Gruppen und Verbänden getragen werden. Dafür sind die öffentliche Diskussion und der politische Streit der richtige Ort. Zu einer neuen Wertedebatte und damit durchaus zur Gesellschaftskritik will dieses Buch von Richard Göhner einen Beitrag leisten: Erneuerung der Gesellschaft und Erneuerung der Politik sind seine Anliegen.

Daß wir in einer Umbruchszeit leben, ist oft genug gesagt worden. Aber was heißt es in der politischen Konsequenz? Müssen wir die gehabte und erfolgreiche Politik nun auf neue Felder anwenden, oder brauchen wir ganz neue handlungsleitende Orientierungen? Unsere tragenden politischen Ordnungsvorstellungen, wie sie die CDU für Deutschland durchgesetzt hat, haben sich bewährt: die Politik der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die Politik der Westintegration Konrad Adenauers, die Politik für die deutsche und europäische Einheit Helmut Kohls. Aber es stellen sich neue Aufgaben, die eine Neuinterpretation bewährter Prinzipien – den Umständen entsprechend gestaltet – erforderlich machen. Dies gilt in der Außenpolitik und der Frage einer „neuen Weltordnung“. Aber auch unsere Wirtschaftsordnung ist erneuerungsbedürftig: sie muß zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden.

**Reinhard Göhner, Vernetzt denken – Verantwortlich handeln, ca. 150 Seiten, geb., ISBN 3-4/6-02562-8, erschienen bei Bouvier, Bonn.**

## Landesparteitag in Delmenhorst:

# „CDU – wir sind die Zukunft“ Schröder ruiniert das Land

**Mit einer kämpferischen Rede eröffnete Landesvorsitzender Christian Wulff den diesjährigen Landesparteitag der Niedersachsen-CDU in Delmenhorst. Wulff ging mit der Landesregierung hart ins Gericht. Er warf Ministerpräsident Schröder vor, das Land zu ruinieren. Die Verschuldung des Landes werde sich bis zum Jahr 1998 verdoppelt haben. Ebenso machte er Schröder für die „Kahlschlagpolitik“ im Bereich der Schulen und Hochschulen verantwortlich.**

Im Mittelpunkt des ersten Tages stand der Leitantrag des Landesvorstandes zur Reform der Kommunalverfassung. Wulff und die Mehrheit des Landesvorstandes hatten für die „Eingleisigkeit“ in den Kommunen und die Direktwahl von Bürgermeistern/Landräten geworben.

Niedersachsen ist das einzige Bundesland, in dem es das Nebeneinander von ehrenamtlichen Bürgermeistern/Landräten und hauptamtlichen Verwaltungsbeamten gibt.

Die knapp 500 Delegierten folgten dem Antrag nicht. In einer fairen Debatte wechselten sich Pro- und Contraedner ab. Die Mehrheit der Delegierten stimmte schließlich für die Beibehaltung des derzeitigen Systems der Zweigleisigkeit.

Mit der einstimmig angenommenen „Delmenhorster Erklärung“ zur Zukunft in Forschung, Technologie, Bildung und Wissenschaft, sprachen sich die Delegierten am zweiten Tag für eine stärkere Konzentration der Landesmittel auf die Bildungs- und Forschungsförderung aus.

Die stellvertretende Landesvorsitzende, Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, warf in ihrer Rede der Landesregierung vor, „das Saatgut zu verspeisen, von dem wir morgen leben müssen“. Wer im Bildungsbereich spare, zerstöre Zukunftschancen der jungen Generation, sagte sie und forderte ein forschungs- und innovationsfreudigeres Klima für Deutschland. Die Lösung der nationalen und globalen Zukunftsprobleme, die Sicherung von Arbeitsplätzen und Lebensqualität in Freiheit seien nur möglich, wenn Forschung, Wissenschaft, Technik und Kultur angemessen gefördert würden. Sie warnte davor, in diesen Bereichen „die Zukunft zu verschlafen“.

---

## Doppelbödiges Energiepolitik

---

Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers kündigte an, daß das sogenannte Meister-BAföG schon bald eingeführt werde. Er will mehr Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zu Hochschulausbildung erreichen, damit Berufsausbildung nicht zur Sackgasse werde. Meister und Techniker sollten unter bestimmten Voraussetzungen studieren können.

Der Landesregierung in Hannover warf er vor, mit der Streichung von 1.100 Stellen im Hochschulbereich unverantwortlichen Raubbau zu Lasten der jungen Generation zu betreiben.

„Doppelbödigkeit“ warf er Schröder in der Energiepolitik vor. Es passe nicht zusammen, in Bonn Energiegespräche zu führen und in Niedersachsen den Ausstieg aus der Kernenergie zu probieren.

Vertrauensbeweis für die Landesvorsitzende:

# Angela Merkel mit großer Mehrheit wiedergewählt

**Mit dem Parteitag der CDU in Mecklenburg-Vorpommern in Grimmen am 10. Juni 1995 wurden die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Angela Merkel forderte die CDU auf, ihr Potential kontinuierlich auszubauen und überall in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Volkspartei zu werden. Nur wenn die CDU in der Regierungsverantwortung stehe und den Menschen konstruktiv zeigen könne, was die CDU anpacke, – so Angela Merkel – können die Chancen für die Zukunft besser genutzt werden.**

Als wichtigste Punkte, die die CDU auch in den nächsten Jahren beschäftigen werden, nannte sie als erstes Stichwort: Opfer und Versöhnung. Versöhnung dürfe – so die Landesvorsitzende – kein Selbstzweck sein und darf nicht zur Anbiederung werden, wie es zum Teil bei der SPD der Fall sei. Es müsse eine gemeinsame Zukunft für alle geben. Eine Aufarbeitung der Geschichte schließe natürlich auch eine gerechte Auseinandersetzung mit dem Für und Wider der eigenen Parteigeschichte ein.

Arbeit und Wirtschaft sind ein zweiter wesentlicher Punkt. Für die wirtschaftliche Entwicklung sei die A 20 das wirkliche Rückgrat. Daher würden Bauabschnitte zur gleichen Zeit gebraucht. Zu den besonderen Entwicklungsbedingungen zählt, daß bislang den Betrieben in den neuen Bundesländer keine Gewerbesteuer abverlangt werde. Auf völliges Unver-

ständnis stößt daher die Blockade der SPD bei der Abschaffung der Gewerbesteuer. Sie richtete an den Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsident Harald Ringsdorff die Frage, ob er wirklich der Meinung sei, daß diese Gewerbesteuer ab dem 1. Januar 1996 für die Betriebe in den neuen Bundesländern eingeführt werden soll, schließlich sei ihre Abschaffung ein so wichtiger Punkt für die Existenz so vieler ostdeutscher Betriebe.

Auch die Schul-, Bildungs- und Forschungspolitik ist ein weiterer Schwerpunkt. Mit der Verabschiedung des Leitantes zur Schulpolitik wurden die bildungspolitischen Vorstellungen für eine Fortentwicklung des differenzierten, gegliederten Bildungssystems unterstrichen.

Und so sieht der neue Vorstand aus: Angela Merkel wurde mit 86 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen wiedergewählt. Ihr zur Seite stehen die frühere Kultusministerin Steffie Schnoor MdL, der Fraktionsvorsitzende Eckhardt Rehberg MdL und Hans Jürgen Beich als stellvertretende Vorsitzende. Erneut bestätigt wurde der Schatzmeister Lorenz Caffier MdL. Zu weiteren Mitgliedern im Landesvorstand wurden Rudi Geil MdL, Jürgen Seidel, Bärbel Kleedehn MdL, Dr. Paul Krüger MdB, Wolfhard Molкетин, Harald Lastovka, Renate Holznel MdL, Martin Brick MdL, Prof. Dr. Alfred Gomolka MdEP sowie Dr. Arnold Fuchs, Susanne Jaffke MdB, Burkhard Räuber, Angelika Wesse und Wolfgang Riemann MdL, gewählt.

Manfred Kanther/Rupert Scholz:

## Rot-Grün unterläuft Asylkompromiß – Glatter Rechtsbruch

**Zu dem von der hessischen Landesregierung verhängten generellen Abschiebestopp für Kurden erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Rupert Scholz.**

Offenbar auf Druck der linken südhessischen Parteibasis der SPD und der Grünen hat heute die hessische Landesregierung erneut einen sechsmonatigen Abschiebestopp für Kurden verhängt. Mit dieser Maßnahme wird nahtlos an die Anfang Mai erlassene Verlängerung eines Abschiebestopps für langjährig in Hessen lebende abgelehnte Asylbewerber angeknüpft. Mit immer neuen Torpedierungsversuchen soll der Asylkompromiß von 1993 aufgeweicht und unterlaufen werden.

Daß der nach mühseligen Verhandlungen erreichte Asylkompromiß von 1993 zu einer positiven Entwicklung geführt hat, belegen die Zugangszahlen für das Jahr 1994. Während 1992 noch 438.191 Personen um Asyl nachfragten, waren es 1994 nur noch, aber auch immerhin noch 127.210. Wesentliches Element des Asylkompromisses war und ist, daß der Mißbrauch des Asylrechts verhindert werden muß. Entscheidendes Instrument zur Erreichung dieses Zieles ist aber die konsequente und definitive Beendigung des Aufenthalts von Peronen mit endgültig abgelehnten Asylbegehren.

Immer unverhohlener versuchen SPD und Grüne durch entsprechende Gesetzesinitiativen im Bundestag bzw. durch mißbräuchlichen Gesetzesvollzug in den von ihnen regierten Ländern die bisher-

gen Erfolge des Asylkompromisses zu untergraben. Systematisch wird versucht, den Asylkompromiß letztlich wieder zu Fall zu bringen.

Wir fordern die hessische Landesregierung auf, den Asylkompromiß von 1993 nicht weiter zu sabotieren. Maßnahmen wie der jetzt verfügte Abschiebestopp gefährden letztlich das uns allen gemeinsam aufgegebenes Ziel einer ebenso verantwortlichen wie erfolgreichen Integrationspolitik.

---

### Glatter Rechtsbruch

---

Bundesinnenminister Manfred Kanther hat die Verlängerung des Abschiebestopps für türkische Kurden durch das Land Hessen als „glatten Rechtsbruch“ bezeichnet. Kanther nannte es einmalig in der Geschichte der Bund-Länder-Beziehungen, daß eine Landesregierung vorsätzlich aus koalitionspolitischen Gründen gegen das geltende Recht verstoße. Hessen sei durch §54 des Ausländergesetzes an der Verlängerung des spätestens am 12. Juni 1995 nach eigenem Bekunden seines Innenministers ausgelauten Abschiebestopps – ohne Zustimmung des Bundesinnenministers – gehindert gewesen. Diese Zustimmung sei weder nachgesucht noch erteilt worden. Der Bundesinnenminister wird den hessischen Innenminister auffordern, sofort zur Einhaltung des bundesweit einheitlichen Ausländerrechts zurückzukehren. Es sei unerträglich, daß der mühsam gefundene Asylkompromiß aus Gründen der grün-roten Koalitionsarithmetik in Hessen unterlaufen würde.

## Zitat

# Die Grünen und die Gewerkschaften

*Nach den Landtagswahlen in NRW und Bremen sind die Politiker frustriert wegen der katastrophal niedrigen Wahlbeteiligung der Bürger. Es ist nach den Gründen für dieses allgemeine Desinteresse an der Politik zu fragen. Könnte es zum Beispiel sein, daß die Parteien oder die Parlamente nicht mehr das soziologische Spiegelbild der Gesellschaft sind, daß die Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung die einfache Folge einer „falschen“ Konsistenz der Volksvertretungen ist?*

*Im neuen NRW-Landtag werden 24 Abgeordnete sitzen, die zu den „Grünen“ gehören. Von diesen dürften 19 Akademiker sein oder in ihrem Bildungsweg und ihrem Beruf einen ähnlichen Status beanspruchen: Da gibt es Politologen, Lehrer, Ministerialräte, Diplom-Volkswirte, Wissenschaftliche Mitarbeiter, Umweltreferenten, Zahnärzte, Mathematiker, Bildungsreferenten, Dozenten, Architekten, graduierte Sozialarbeiter, Publizisten, Diplom-Geographen, Diplom-Soziologen. Zu dieser 24köpfigen Riege gehört ein Kfz-Schlosser, der sich als „Nebenerwerbslandwirt“ bezeichnet, und ein Maschinen-schlosser.*

*Diese Leute sind selbstverständlich gewählt worden, nämlich von ihresgleichen, von Soziologen, Politologen, Referenten, Lehrern, also von einer politisch sehr engagierten und unternehmungslustigen Gruppe der Bevölkerung. Aber den Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren sie nicht.*

*Die meisten von ihnen dürften dem öffentlichen Dienst angehören; das Problem der Arbeitslosigkeit erfahren sie kaum am eigenen Leib, und niemand von ihnen dürfte jemals in seinem Leben eine Bilanz aufge-*

*stellt haben. Sie sind sämtlich Dienstleister, sie produzieren nichts, von den Tomaten des Nebenerwerbslandwirtes vielleicht einmal abgesehen.*

*Richtig ist, daß die Verhältnisse bei der SPD nicht viel anders sind, weshalb sich auch die Gewerkschaften seit etlichen Jahren so schwer tun mit dieser Partei. Die Mitglieder von SPD und Gewerkschaften, von der ÖTV natürlich abgesehen, haben nicht mehr dieselbe Basis. Ein Metallfacharbeiter wird nicht das Gefühl haben, daß ein Zahnarzt, bei allen beruflichen Ähnlichkeit in den Techniken des Bohrens oder Fräsens, seine Interessen vertreten kann. Bei rot-grünen Koalitionen werden die Gewerkschaften auf Distanz gehen müssen.*

*Verwunderlich ist, daß Parteien zu Logen werden, obwohl sie z. B. ansonsten, etwa hinsichtlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau, von Ehe und sonstigen Lebensgemeinschaften, von Homo- und Heterosexualität, so fanatisch um die Parität der Quoten bemüht sind. Das Problem von rot-grünen Koalitionen wird es sein, nicht die Bindung an die gewöhnlichen Bürger zu verlieren.*

*Wenn man etwa sieht, mit welcher Überheblichkeit die Grünen vorsätzlich des Bürgers liebstes Spielzeug, das Auto, zerstören wollen, etwa durch die Reduzierung der Kilometerpauschale und die künstliche Erhöhung des Benzinpreises auf 5 DM pro Liter, mit welcher Nonchalance sie die persönlichen und volkswirtschaftlichen Folgen einer solchen Politik kalkulieren, kann man nur die Prognose stellen: Zwischen den grün-roten Koalitionen und den Gewerkschaften wird es keine Brücken geben.*

## Einladung zur Fördermitgliedschaft bei Frischluft e.V.

**D**er christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. wurde im Jahr 1989 gegründet. Als freier Träger der Jugendhilfe unterbreitet er vor allem Angebote im Bereich der Jugendarbeit. Daneben organisiert der Verband Jugendfreizeiten und Jugendbegegnungen. Die Angebote berücksichtigen dabei auch junge Familien.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes liegt in den jungen Bundesländern. Hier hat Frischluft schon im Frühjahr 1990 das Büro für demokratische Jugendarbeit im damaligen Ostteil Berlins gegründet und von dort den Aufbau demokratischer Jugendstrukturen in den jungen Bundesländern unterstützt.

Frischluff e.V. versteht sich als Teil der christlich-demokratischen Bewegung. Seine Arbeit basiert auf der Grundlage eines christlich geprägten Menschenbildes.

Die Arbeit von Frischluft e.V. ist zu einem wesentlichen Teil vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder abhängig. Dennoch benötigt auch Frischluft weitere Unterstützung und ist dafür auf Förderer angewiesen. Zu diesem Zweck besteht bei Frischluft e.V. die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. Fördermitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag nach freier Wahl, mindestens jedoch 150 DM. Fördermitglieder erhalten regelmäßige Informationen über alle Angebote und Aktivitäten von Frischluft.

**Zum Aufbau der Verbandstrukturen in den jungen Bundesländern gibt es auch die Möglichkeit von Sachspenden. Weitere**

**Informationen dazu sind bei der Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e.V.**

**Annabergerstr. 283**

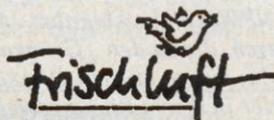
**53175 Bonn**

**Tel. (02 28) 31 00 23**

**Fax (02 28) 31 47 03, erhältlich.**

Frischluff e.V. ist vom Finanzamt Bonn-Außenstadt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Der Verband ist für jede Unterstützung dankbar. Für Rückfragen steht die Geschäftsführer Arno Keiffer zur Verfügung.



- Ich möchte Frischluft e.V. durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Antrag zu.
- Ich möchte Frischluft e.V. mit einer Sachspende unterstützen. Bitte setzen Sie sich mit mir in Verbindung.
- Ich überweise in den nächsten Tagen eine Spende auf Ihr Konto 21000880 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) und bitte um Zusendung einer Spendenquittung.

Meine Anschrift:

---



---



---

Bitte abtrennen und senden an: Frischluft e.V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Tel. (02 28) 31 00 23, Fax (02 28) 31 47 03

## Wachsames Erinnern ist Schutz der Freiheit

Nach einem Wort der Bundesvorsitzenden der Frauen-Union, Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth, haben wir die Ausgabe 3 der Zeitschrift „Frau und Politik“ unter das Thema „Wachsames Erinnern“ gestellt. Authentische Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zeichnen das Bild des Irrwegs deutscher Geschichte nach mit Vertreibung, Flucht, Vernichtung von Menschenleben. Das Ende des Krieges barg den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und den Mut zum Neubeginn in sich und konnte sich im westlichen Teil Deutschlands, gestützt auf die demokratischen Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs auch entwickeln. Gleichzeitig entstand in Gestalt der „Deutschen Demokratischen Republik“ eine Wiederauflage der Diktatur mit neuem Leid und Elend.

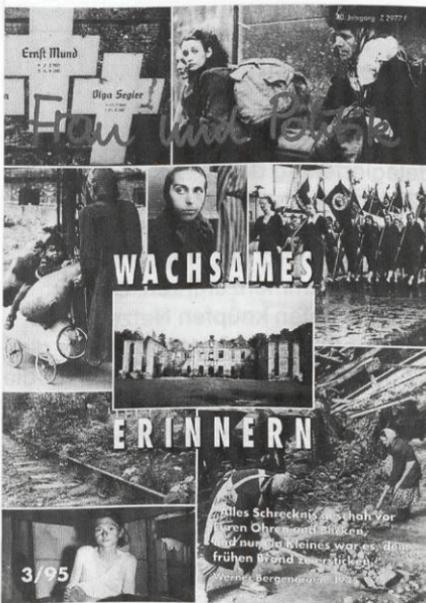
Von „Tor zur Hölle: Ravensbrück“ über die „Stunde der Frauen“, dem „Warten auf Antwort“ in Kerker und Lagern, den „Trümmerfrauen“ bis hin zum „Einordnen ins Kollektiv“ als Auftrag sozialistischer Erziehung in der DDR wird aufgezeigt, wie sehr unpolitische Frauen Opfer einer Politik der Zerstörung und des menschenverachtenden Terrors werden können, wenn sie sich nicht mit der Gegenwart auseinandersetzen. Eine ausführliche Bücherliste gibt Gelegenheit, sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen.

Im zweiten Teil der neuen Ausgabe finden Sie neben einem Bericht über

die Tagung der Frauen-Union, 10 Jahre nach dem Essener Parteitag am 1. Mai 1995 in Essen, die Forderungen für die Zukunft im Sinne der Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe sowie Auszüge der Rede des Generalsekretärs, Peter Hintze, MdB, zum Thema Frauen und Arbeit.

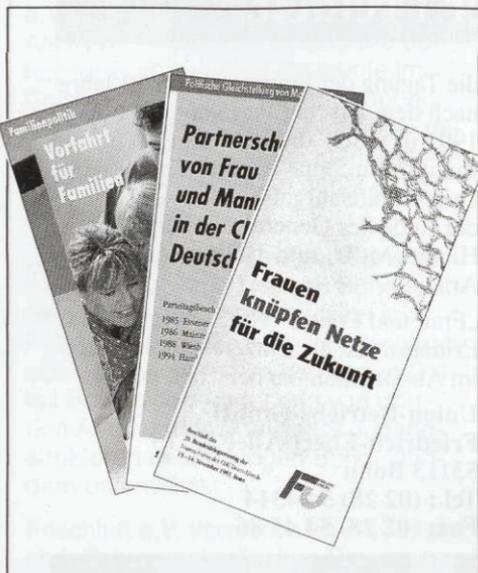
„Frau und Politik“ Nr. 3 „Wachsames Erinnern“ ist als Einzelexemplar oder im Abonnement zu beziehen bei

**Union-Betriebs-GmbH**  
**Friedrich-Ebert-Allee 73-75**  
**53113 Bonn**  
**Tel.: (02 28) 54 4314**  
**Fax: (02 28) 54 45 86**



„Wachsam Erinnern“

## Materialien der Frauen-Union



### ● Frauen knüpfen Netze für die Zukunft

Der gleichlautende Beschluß vom 20. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union hat zum Ziel, die Vernetzung von Frauen und Fraueninitiativen zu fördern, um die Kenntnis und Kompetenz der Frauen in einem Netzwerk zusammenzuführen. Der Beschluß „Frauen knüpfen Netze für die Zukunft“ enthält viele Anregungen für die Arbeit der Frauen-Union, aber auch für die Zusammenarbeit mit Verbänden, Einzelpersonen und mit anderen Netzwerken.

Bestell-Nr.: 2963

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 18,— DM

### ● Vorfahrt für Familien

Bestell-Nr.: 2969

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 20,— DM

### ● Partnerschaft von Frau und Mann in der CDU Deutschlands

Diese Broschüre enthält die wichtigsten Parteitagebeschlüsse der CDU zur politischen Gleichstellung von Frau und Mann.

Bestell-Nr.: 2105

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 28,50 DM

### ● Politik weiblich — Themen, Tips und Fakten

Der vorliegende Leitfaden zur Zielgruppenansprache soll Ihnen helfen, Lösungsansätze und Anregungen für die Vorbereitung Ihrer Aktionen zu finden.

Bestell-Nr.: 4602

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 15,— DM

Ein Leitfaden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164  
33759 Versmold  
Fax: 054 23/4 1521

● **Wir kriegen nichts geschenkt**

lautet der Titel dieses Faltblattes der Frauen-Union. Und damit das nicht so bleibt, ist dies das erste Falblatt, mit dem Sie etwas anfangen können. Denn es ist Falblatt und Geschenkpapier zugleich. Größe: 67 x 46 cm

Bestell-Nr.: **2812**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 20,- DM

● **Satzung der Frauen-Union**

mit Beitragsregelung, Verfahrens- und Geschäftsordnung sowie mit den Adressen aller Landesgeschäftsstellen der Frauen-Union

Bestell-Nr.: **6613**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 11,70 DM

● **Fahrradschlüssel „Strickliesels Töchter“**

Das neueste Werbemittel der Frauen-Union soll zeigen, daß die Frauen von heute nicht nur mit der Strickliesel umgehen können, sondern, wenn nötig bei Reparaturen, z. B. am Fahrrad, dies auch selber erledigen können.

Bestell-Nr.: **9808**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 25,- DM



# Wir kriegen nichts geschenkt.

— DIESES GESCHENKPAPIER DÜRFEN SIE ALLERDINGS REALISIEREN. Endlich ein Falblatt, mit dem Sie etwas anfangen können.



Die gute alte Zeit. Fragt sich nur für wen.

**Erst seit 1900 dürfen Frauen an deutschen Universitäten studieren.**

Heute sind Mädchen zahlenmäßig an allgemeinbildenden Schulen gleich stark vertreten wie Jungen. Mädchen erlangen aber merklich bessere Schulergebnisse und weisen bessere Durchschnittsnoten in den Abschlussklausuren auf. 11,8 % der Abiturienten sind weiblich, jedoch nur 38,2 % der Hochschulabsolventen sind Frauen.

# SATZUNG

BEITRAGSREGELUNG  
VERFAHRENS- UND  
GESCHÄFTSORDNUNG



Stand: Juni 1993

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

### ● FU-Sonnenschirm im IS-Versandzentrum

Dieser Sonnenschirm wurde Anfang des Jahres in einer begrenzten Sonderauflage hergestellt. Aufgrund einer kleinen Mehr-  
auflage können Sie diesen Schirm, solange der Vorrat reicht, über das IS-Versand-  
zentrum zum Preis von DM 75,- zzgl  
MwSt. bestellen. Bei Bedarf tragen Sie  
bitte auf dem Coupon die gewünschte  
Menge sowie Ihre Anschrift ein und faxen  
oder senden eine Kopie dieser Seite an:

#### IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: (0 54 23) 4 15 21

Ja, ich bestelle \_\_\_\_\_ Expl.

zum Preis von 75,- DM

zzgl. MwSt/je Schirm.

Bitte senden Sie den Schirm an  
folgende Anschrift:



\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

# UjD

19/1995

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:**  
Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.